

Ich freue mich, dass ich als Vertreterin der Marburger Zivilgesellschaft hier sprechen darf.

Ich danke meinen **Vorredner\*innen** für ihre beeindruckenden und klaren Reden.

Ich danke der **Stadtverordnetenversammlung** und dem **Magistrat** für die Schnelligkeit, aber auch die Einmütigkeit, mit der sie diese Demonstration, dieses wichtige Zeichen gegen rechte Hetze und Gewalt organisiert haben.

Ich danke den vielen (rund 120!) **Verbänden, Organisationen und Institutionen**, die den Aufruf zu dieser Demonstration unterstützt haben und die hierhergekommen sind.

Und ich danke **Euch und Ihnen allen**, die Ihr hier seid, um ein Zeichen dafür zu setzen, dass wir eine offene, demokratische, tolerante und friedensfähige Gesellschaft sind und sein wollen.

Auch wenn „wir mehr sind“, wissen wir doch, dass „die“, gegen die/gegen deren Handlungen wir uns abgrenzen, nicht einfach „nur“ die „Anderen“ sind.

Die Menschen, die in Chemnitz und anderen Orten rechtsradikale Parolen rufen und gewalttätig gegen Ausländer\*innen und politisch Andersdenkende vorgehen, leben in unserem Staat, sie gehören zu unserer Gesellschaft, sie sind ein Teil von ihr – und „wir“ tragen auch für sie Verantwortung.

Es ist keine Frage, dass gegen Neonazis der **Rechtsstaat** vorgehen und sein **Gewaltmonopol** ausüben muss.

Es sollte auch keine Frage sein, dass eine **politische Partei** am äußersten rechten Rand, die mit Hetzparolen agiert, die ausländerfeindliche Stimmungen schürt und die auf den sozialen Ängsten der Menschen ihr politisches Süppchen kocht, ein Fall für den Verfassungsschutz ist – wie übrigens auch jedes **Medium**, das pauschal Ausländer kriminalisiert und jeder **Politiker**, der sich dem anschließt... (auch wenn er ein Ministeramt innehat).

Es ist uns aber auch klar, dass es mit Verfassungsschutz und Polizei allein nicht getan ist.

Wenn in diesem (unserem) Land Dinge geschehen wie jetzt in Chemnitz -

dann müssen „wir“ (...!) uns selbstverständlich fragen, was das mit unserer Gesellschaft und mit dem Staat zu tun hat, in dem wir leben.

Nur einige Fragen will ich hier stellen:

Wir müssen uns fragen, ob wir, in einem der reichsten Länder der Erde(!), es uns weiter leisten können, dass die **Schere zwischen Einkommensarmen und Einkommensreichen** beständig größer wird -

Dass Teile unserer Gesellschaft (zumal in einer Region, der man einst vollmundig die Entwicklung zu „blühenden Landschaften“ versprochen hat) sich abgehängt fühlen, keine greifbare berufliche Perspektive sehen und Angst um die eigene und um die Zukunft ihrer Kinder haben: Dass diese Angst ein fruchtbarer Boden für Hass ist, für Populismus, für rassistische und neonazistische Parolen, ist ja nicht wirklich etwas Neues.

Wir müssen uns fragen, ob wir uns hier (in einem der reichsten Länder der Erde) weiterhin einen politischen Diskurs leisten können, in dem diese Menschen, die sich von der gesellschaftlichen Entwicklung abgehängt fühlen, direkt oder indirekt gegen jene ausgespielt werden, die hierher kommen, weil sie vor Hunger, Bomben und Terror flüchten müssen.

Wir müssen uns fragen, ob wir es uns leisten können, ständig über die „Kosten“ für Geflüchtete in diesem Land zu klagen, ohne immer wieder darauf hinzuweisen, dass sie die unmittelbaren Kosten UNSERER Lebensweise sind: Unserer Kriege - in Syrien, in Afghanistan und im Irak; - unserer Waffenexporte in Krisenregionen wie den Nahen Osten; - unserer Wirtschaftspolitik, mit der wir (die Kolonialmächte und reichen Industrienationen) seit Jahrhunderten schonungslos

etwa den afrikanischen Kontinent ausgebeutet haben. Die Menschen, die täglich versuchen, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen und die zu tausenden im Meer ertrinken, sind auch die Opfer dieser kolonialen und neokolonialen Politik! Sie zu retten und aufzunehmen ist nicht nur eine ethische Verpflichtung, sondern eine Verpflichtung, die aus unserem eigenen Agieren in ihren Ländern logisch/konsequent folgt!

Und schließlich müssen wir uns dringend fragen, ob wir als Gesellschaft angesichts einer manifesten Krise der Demokratie es uns wirklich leisten können, ausgerechnet im Bereich der **BILDUNG** zu sparen, eine permanente Unterfinanzierung und Lehrermangel ausgerechnet an den Grundschulen hinzunehmen: an der BILDUNG, die doch das FLUIDUM einer funktionsfähigen Gesellschaft ist, die junge Menschen überhaupt erst befähigt, Zusammenhänge zu sehen und zu begreifen, die sie befähigt, in einem differenzierten gesellschaftlichen Diskurs (und das ist eine Demokratie oder sollte sie sein!) teilzunehmen und Konflikte (die es ja gibt!) auf friedlichem Wege auszutragen und zu regeln.

**Wir haben hier in Marburg eine wunderbare Situation -**  
- -

Wir haben eine große **Universität**, die uns durch internationalen Austausch zwischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, vor allem aber auch zwischen Studierenden Weltoffenheit und Internationalität garantiert (Frau Prof. Evelyn Korn hat davon gesprochen).

Wir haben eine Vielzahl **sozialer, Kultur- und Bildungseinrichtungen** gerade auch in freier Trägerschaft, eine Fülle zivilgesellschaftlichen Engagements also, das vieles auffängt und abfedert, was die öffentliche Hand nicht mehr leistet... und das deshalb auch von der Politik gehegt und gepflegt werden sollte! Denn die Politik, denn die Demokratie

braucht ja die Zivilgesellschaft, um lebendig zu bleiben und um etwas Gutes zu bewirken!

In jüngster Vergangenheit haben wir hier in Marburg – in einem (wie ich finde) ganz ungewöhnlich produktiven, fairen und transparenten Zusammenwirken zivilgesellschaftlicher Akteure mit Politik und auch Stadtverwaltung – ein Zeichen setzen können dafür, dass sich die Stadt Marburg ihrer eigenen kolonialistischen und militaristischen Vergangenheit stellt: Das **Denkmal für die Opfer „Marburger Jäger“**, das im Schülerpark errichtet werden soll, gibt dieser Auseinandersetzung ein greifbares Zeichen im öffentlichen Raum und ist ein Symbol dafür, dass die Diskussion um Militarismus und Kolonialismus auch in der Gegenwart weitergeführt wird.

Marburg hat sich vielfältig, offen und solidarisch gezeigt auch im Zusammenhang mit den Themen (und der Realität!) von **Flucht und Asyl** – Wir erinnern uns natürlich an die rasche und unbürokratische Einrichtung des Flüchtlingscamps in Cappel und an die vielen Menschen, die sich dort ehrenamtlich engagiert haben.

Wir sind dankbar für die vielen Initiativen, die auch weiterhin höchst aktiv in diesem Bereich tätig sind... wie etwa

\* der **Cölber Arbeitskreis Flüchtlinge**

\* das **Kerner-Netzwerk** (das im Herzen der Stadt in Zusammenarbeit mit der evangelischen Kirche ein interkulturelles Zentrum für und mit Geflüchteten aufbaut);

\* der **Weltladen** (direkt hier am Marktplatz... der sich für einen **fairen** Handel einsetzt und eine wichtige Bildungsarbeit in dieser Richtung macht);

\* auch die **Initiative „200 nach Marburg“**, die sich (unbeeindruckt von der hartnäckigen Obstruktionspolitik aus Wiesbaden) dafür einsetzt, wenigstens einige der 1000en von Geflüchteten, die unter unmenschlichen Bedingungen in Lagern in Griechenland und anderswo ausharren müssen oder die in akute Seenot geraten sind, hierher nach Marburg zu holen:

Das Stadtparlament hat 2016 dieser Initiative zugestimmt – das ist gut! Geschehen ist allerdings bis heute nichts: Da müssen wir dranbleiben!

Vor kurzem haben die Bürgermeister von Regensburg, Bonn, Köln, Düsseldorf und Bielefeld der Bundesregierung in einem offenen Brief mitgeteilt, dass ihre Städte auch jenseits politischer Zuteilungsschlüssel bereit sind, „in Seenot geratene Flüchtlinge aufzunehmen“. Das ist (auch jenseits von Marburg) in dieser Zeit ein gutes Zeichen.

Vielleicht wäre es gerade angesichts der gegenwärtigen Ereignisse, gerade angesichts der Tatsache, dass „wir“ hier viele sind, dass wir als Gemeinwesen weltoffen und solidarisch sind und bleiben wollen, ebenfalls ein gutes Zeichen, ein Zeichen der Menschlichkeit und Solidarität, aber auch ein Zeichen der politischen Vernunft, wenn unsere Stadtspitze sich dieser Initiative anschließen würde.